

SP-Telegramme

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SP-Erfolg Ende 1990 in Thun: *Hans-Ueli von Allmen* schaffte am 16. Dezember mit deutlichen Stimmenvorsprung die Wahl zum Stadtpräsidenten nach einem äusserst fair und kompetent geführten Wahlkampf. Kein Wunder, dass gleichentags die Thuner SP sogar die Mehrheit in der Stadtregierung erringen konnte. Jetzt kommt die harte und verantwortungsvolle Arbeit! – Ebenfalls am 16. Dezember misslang jedoch in Zug der SP-Griff nach dem Ständeratssitz. Ein Grosse Erfolg ist es jedoch bereits zuvor gewesen, dass die Linke den wirtschaftspolitischen CVP-Rechtsaussen Markus Kündig in einen zweiten Wahlgang gezwungen hatte. – Bei den zwei Wochen früheren Regierungsrats-Ersatzwahlen im Aargau und im Kanton Solothurn verfehlte die SP jedoch ihr Ziel: Der geschlossene Bürgerblock verhinderte beidemal einen zweiten SP-Sitz in der Exekutive.



Die Schweiz als Waffenlieferantin in Krisengebieten: Der Vorstand der SP Schweiz hat sich deutlich gegen die gesetzeswidrigen Waffenexporte in die Türkei ausgesprochen. Das nach Ausbruch des Golfkrieges vom Bundesrat doch noch beschlossene Embargo zeigt nur, wie kurzatmig, inkompetent und verhängnisvoll die vom EMD im besten Einvernehmen

mit den Schweizer Waffenschmieden verwaltete Waffenausfuhrpraxis ist. Die SP-Fraktion wird deshalb das generelle Waffenexportverbot wieder aufs Tapet bringen.



Wenn das EMD schon richtigerweise mit weniger Soldaten für die zweite Hälfte der 90er Jahre rechnet, müsste es eigentlich auch weniger Gewehre wollen. Weit gefehlt offenbar, denn das beantragte Rüstungsprogramm 91 plant eine grosszügige Reserve von etwa 30 Prozent. Das ging der SP-Fraktion zu weit. Sie verlangte Rückweisung. Und die bürgerliche Mehrheit verschob das Geschäft infolge weich gewordener Knie.



Auch das gibt es: eine Vernehmlassung über Vernehmlassungen. Ein entsprechender Verordnungsentwurf fand jedoch nicht die Zustimmung der SPS-Geschäftsleitung. Sie wies diesen in ihrer Stellungnahme an den Bundesrat zurück. Nicht noch mehr Vernehmlassungen mit dem bekannten Übergewicht von Wirtschaftsverbänden und Kantonsregierungen sind nötig, vielmehr braucht – nach Meinung der SP Schweiz – das Parlament als Vertretung des Volkes mehr poli-

tisches Gewicht. In der Demokratie sollten nicht stets mehr Entscheide hinter den Kulissen vorgespurt werden.



Kurze Pause zum Jahreswechsel bei der SP Schweiz: Bereits am 5. Januar traf sich der Wahlausschuss zu einer zweitägigen Klausursitzung, die ein gehöriges Paket an Arbeiten auslöste. Und schon ein Woche danach die abfallpolitische Tagung in Bern, an der nicht weniger als 150 interessierte SP-Mitglieder teilgenommen haben. Das Interesse für aktuelle sachpolitische Probleme ist ungebrochen gross in der Partei. Das zeigt auch die Tagung zur Frauenarmut in Olten anfangs Februar, an der über 200 Interessierte teilgenommen haben.



Der Vorstand der SP Schweiz beantragt dem Parteitag vom 2./3. März zwei Initiativen im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik zu lancieren:

- Erstens eine Initiative für ein umfassendes Waffenausfuhrverbot.
- Zweitens eine Initiative für mehr Sicherheit durch Friedenspolitik und notwendige Abrüstung in der Schweiz.